

Die Strukturkrise des österreichischen Kohlenbergbaues

Nach 1957 haben Strukturumschichtungen in der europäischen Energieversorgung die Marktposition des Kohlenbergbaues grundlegend geändert. Seit damals kämpft der heimische Bergbau gegen die Konkurrenz anderer Energiearten. Wirtschaftspolitische Hilfen wurden bisher nur zögernd und sporadisch erteilt. Das kalte Frühjahr 1962 und der lange Winter 1962/63 haben die Absatzlage des heimischen Kohlenbergbaues nur vorübergehend gebessert. Wenn diese Sondereinflüsse abklingen, wird die Strukturkrise wieder offen zutage treten.

Die folgende Untersuchung gibt einen Überblick über die bisherige Entwicklung von Produktion und Verbrauch inländischer Kohle und versucht, die Probleme des Kohlenbergbaues zu skizzieren.

Rückgang von Produktion und Beschäftigung

In der Zeit des Verkäufermarktes der Nachkriegszeit hat der heimische Kohlenbergbau mehr als 1,5 Mrd. S ERP- und Eigenmittel investiert und die Kohlenförderung auf das Doppelte der Vorkriegszeit ausgeweitet. 1957 erreichte die Förderung mit mehr als 7 Mill. t den höchsten Stand. Der Absatz der Kohle bereitete, anders als in der Vorkriegszeit, keine Schwierigkeiten, weil Kohle in Europa knapp und teuer war. Die Substitutionskonkurrenz anderer Energiearten, besonders von Heizöl, spielte noch keine Rolle.

Seit 1957 hat sich der Verkäufermarkt zum Käufermarkt gewandelt. Die internationalen Kohlenpreise sind gesunken, die Konkurrenz des Heizöles hat voll eingesetzt. Strukturschwächen des heimischen Kohlenbergbaues, die der Verkäufermarkt verdeckt hatte, wurden bloßgelegt. Die Abbaubedingungen sind ungünstiger als in den Gruben der großen Kohlenländer, die Förderung je Beschäftigten ist entsprechend niedrig. Die geförderte Kohle ist zudem überwiegend von geringer Qualität und nicht für jede Verwendung geeignet. Der heimische Bergbau hatte daher kaum nennenswerte Kalkulationsreserven, um der wachsenden Konkurrenz durch Preisanpassungen zu begegnen.

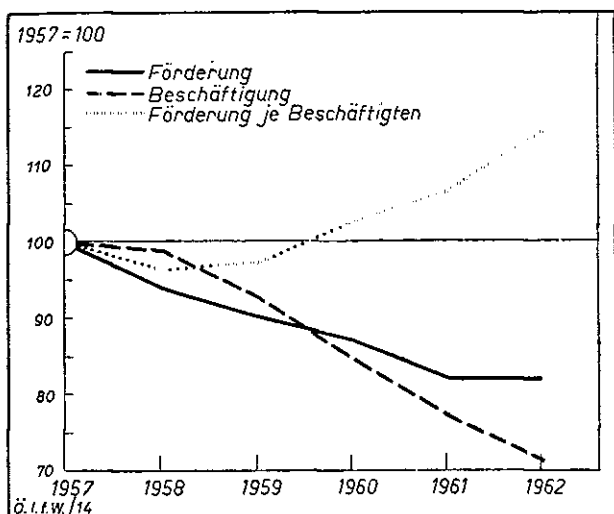
Der Schrumpfungsprozeß des Kohlenbergbaues verlief in Österreich rascher als in den westeuropäischen Kohlenländern, aber langsamer, als man infolge der ausgeprägten Konkurrenz Nachteile der Inlandskohle hätte erwarten können. Während die Kohlenförderung in der Bundesrepublik Deutsch-

land und in Großbritannien seit 1957 insgesamt um 50% bis 150% gesunken ist, nahm sie in Österreich jährlich um etwa 50% ab. Ein Lagerzyklus zu Jahresbeginn 1962 sowie der frühe und strenge Winter 1962/63 haben zwar den Förderrückgang vorübergehend gestoppt. 1962 wurden aber doch mit 5,9 Mill. t Kohle um 180% weniger gefördert als vor Beginn der Kohlenkrise. Die Konkurrenzlage des heimischen Bergbaues ist unverändert schwach. Nach Abklingen der Sondereinflüsse wird die Förderung weiter eingeschränkt werden müssen.

Der Bergbau hat bisher kein Rationalisierungs- und Konzentrationsprogramm wie in den westlichen Ländern, wo man die Förderung auf die rentabelsten Betriebe konzentrierte und Kleinbetriebe stilllegte. In Österreich wurde die Kohlenförderung mehr oder minder linear eingeschränkt. Stillgelegt wurden nur Gruben, die ausgekohlt sind (St. Kathrein in der Steiermark). Obwohl man auf die produktivitätssteigernde Wirkung einer gezielten Förderbeschränkung weitgehend verzichtete, hat die Kohlenkrise beachtliche Leistungsreserven aufgedeckt.

Im ersten Jahr der Krise (1958) hatten die Kohlengruben noch versucht, ihren Beschäftigtenstand möglichst unverändert zu halten, und nahmen Produktivitätseinbußen in Kauf, später jedoch schränkten sie die Beschäftigung stärker ein als die Förderung. Von 1957 bis 1962 sank die Zahl der Arbeitskräfte im Kohlenbergbau um 280%, von 18.300 auf 13.200. Die Kohlenförderung je Beschäftigten stieg in der gleichen Zeit um fast 140%. In der Expansionsperiode des Kohlenbergbaues war der Produktivitätszuwachs nur wenig größer gewe-

**Förderung, Beschäftigung und Produktivität im
Kohlenbergbau**
(Normaler Maßstab; 1957 = 100)



In den ersten beiden Jahren der Kohlenkrise zögerte der Bergbau, die Beschäftigung der Produktion anzupassen. Seither sinkt die Zahl der Arbeitskräfte rascher und die Förderung je Beschäftigten nimmt beachtlich zu. 1962 war sie um 14% höher als zu Beginn der Krise.

sen. (1957 wurden je Beschäftigten um knapp 15% mehr Kohle gefördert als 1937.)

Förderung und Beschäftigung im Kohlenbergbau
(Monatsdurchschnitte)

	Förderung 1 000 t	Beschäftigte	Förderung je Beschäftigten 1957 = 100
1937	154,3	10 838	87,0
1957	299,2	18 286	100,0
1958	282,3	18 036	95,7
1959	270,4	17 007	97,2
1960	259,9	15 619	101,7
1961	244,7	14 128	105,9
1962	246,3	13 196	114,1

Q: Oberste Bergbehörde.

Von den mehr als 5 000 Arbeitskräften, die seit 1957 aus dem Kohlenbergbau ausgeschieden sind, wurde nur ein geringer Teil entlassen. Zunehmende Unsicherheit der Arbeitsplätze und die Schwere der Arbeit haben vor allem jüngere Kräfte bewogen, in andere Berufe abzuwandern. Wegen der Überalterung der Belegschaften war überdies der natürliche Abgang durch Erreichen der Altersgrenze verhältnismäßig hoch.

Infolge der unterschiedlichen Produktionsbedingungen hat sich die Kohlenkrise in den einzelnen Revieren sehr verschieden ausgewirkt. Im Steinkohlenbergbau, der knapp 3% der in Österreich benötigten Steinkohle liefert, sind die natürlichen Bedingungen besonders ungünstig und im Laufe der

Nachkriegsjahre allmählich noch schlechter geworden. Die Schichtleistung je Beschäftigten beträgt kaum ein Viertel der Leistungen in westeuropäischen Gruben. Die Förderung ging von 1957 bis 1962 um 34% zurück, der Beschäftigtenstand nur um 29%.

Steinkohlenbergbau in Niederösterreich
(Monatsdurchschnitte)

	Förderung t	Beschäftigte	Förderung je Beschäftigten 1957 = 100
1957	12 493	1 242	100,0
1959	10 917	1 006	107,9
1961	8 852	911	96,7
1962	8 280	871	95,1

Q: Oberste Bergbehörde.

Die gesamte Braunkohlenförderung, die etwas mehr als ein Drittel zur Kohlenversorgung Österreichs beiträgt, ist seit 1957 um 17% gesunken, und zwar am stärksten in Niederösterreich (42%) und in der Steiermark (24%), am wenigsten in Oberösterreich (10%). In Kärnten (rund ein Achtel der gesamten Braunkohlenförderung) hat die Produktion seit 1957 sogar zugenommen (18%), obwohl die Produktionsbedingungen ziemlich ungünstig sind. Dort waren zu Beginn der Kohlenkrise Erweiterungsinvestitionen im Gange, die nicht mehr gestoppt wurden und die Förderkapazität stark vergrößerten.

Die Beschäftigung ist in allen Bundesländern eingeschränkt worden, und zwar durchwegs stärker als die Produktion. Die Förderung je Beschäftigten ist im Durchschnitt aller Bergbaue um 14% gestiegen. In den einzelnen Bundesländern liegen die Steigerungsraten zwischen 4% (Burgenland) und 34% (Kärnten).

Braunkohlenbergbau nach Bundesländern
(Monatsdurchschnitte)

	Förderung			Beschäftigung		
	1957	1961	1962	1957	1961	1962
	1 000 t					
Niederösterreich	20,0	12,1	11,6	266	140	137
Oberösterreich	123,9	112,6	111,8	4 193	3 589	3 242
Steiermark	353,7	266,5	268,7	10 034	7 431	6 960
Kärnten	58,6	66,8	69,3	1 767	1 619	1 559
Burgenland	16,9	13,7	13,9	536	438	426
Osterreich	573,1	471,7	476,0	16 796	13 217	12 324

Q: Oberste Bergbehörde.

Die weiteren Rationalisierungsmöglichkeiten der Gruben darf man nicht überschätzen. Einzelne Bergbaue sind hoffnungslos konkurrenzunfähig, weil ihre natürlichen Produktionsschwierigkeiten (große Teufe, geringe Mächtigkeit der Flöze, geologische Nachteile und anderes mehr) durch Rationalisie-

rung nicht ausgeglichen werden können und die Förderkosten extrem belasten. Bei der Mehrzahl der Gruben sind die Produktionsbedingungen zwar ungünstiger als in ausländischen Kohlenrevieren, zum Teil wiegen aber gegenwärtig die Standortvorteile die Produktionsnachteile ganz oder weitgehend auf. Die Konkurrenzsituation der einzelnen Gruben ist daher sehr unterschiedlich. Bisher konnte der weitaus größte Teil der Kohlengruben die Förderung ohne oder mit geringen Hilfen aufrecht erhalten, einige Gruben waren jedoch schon auf massive Unterstützung angewiesen. Die „Grenzkosten“ der Kohlenförderung sind deshalb viel höher als die Durchschnittskosten.

Umschichtungen im Absatz

Die Umschichtungen auf dem Energiemarkt haben nicht nur den inländischen Kohlenbergbau getroffen, sondern auch die Importkohle. Seit 1957 ist die Kohleneinfuhr sogar stärker zurückgegangen als die heimische Kohlenförderung. Allerdings spielt die Konkurrenz zwischen Inlands- und Importkohle nur eine untergeordnete Rolle, weil überwiegend Steinkohle für spezifische Verwendungszwecke (Stahlindustrie, Kokerei) importiert wird. Die entscheidenden Konkurrenten der Kohle sind Heizöl und Erdgas.

Seit 1957 ist der gesamte Energieverbrauch der österreichischen Wirtschaft um 19% gestiegen, Kohleneinfuhr und Absatz inländischer Kohle sind um 18% und 15% gesunken. Inländische Kohle deckte 1962 nur noch knapp 14% des gesamten Energieverbrauchs, gegen 17% im Jahre 1957.

Gesamter Energieverbrauch und Kohlenabsatz

	Gesamter Energieverbrauch 1 000 t SKE	davon	
		Kohle insgesamt Quartalsdurchschnitte	Inlandskohle
1957	4.256,2	2.213,4	819,1
1960	4.834,6	1.936,1	699,9
1961	4.796,8	1.816,4	687,2
1962	5.172,6	1.911,2	715,7

Die Nachfrage der einzelnen Verbrauchergruppen nach Inlandskohle hat sich sehr verschieden entwickelt. Weitaus am stärksten schränkte die Industrie den Kohlenbezug ein, bis 1962 um 42%. Der Substitutionsprozeß verlief hier besonders rasch, weil nach 1957 das Erdgasverteilungsnetz in Niederösterreich und in der Obersteiermark fertiggestellt wurde und weil sich die Industrie im Versorgungsbereich dieser Leitungen sofort auf das relativ billige Erdgas umstellte. Von 1957 bis 1961 nahm die Erdgasabgabe an die Industrie um 570 Mill. m³ zu; nach dem Heizwert sind das rund 1,5 Mill. t Braun-

kohle. Die Konkurrenz des Heizöles wirkte sich viel weniger stark aus als die von Erdgas, weil viele Unternehmungen auf die veränderten Marktbedingungen nicht allzu rasch reagierten. Ziemlich stark sank auch die Nachfrage im Verkehr, zum Teil infolge der fortschreitenden Elektrifizierung, zum Teil wegen der Umstellung von Heizungsanlagen auf andere Brennstoffe.

Die Haushalte haben die Käufe von Inlandskohle nur wenig eingeschränkt, weil für sie ähnliche Substitutionsmöglichkeiten wie in der Industrie fehlen oder weniger attraktiv sind. Erdgas ist für die Haushaltsversorgung nur in Wien (über die Gaswerke) und in einigen niederösterreichischen Orten verfügbar, also durchwegs in Gebieten, wo kaum Inlandskohle von Haushalten gekauft wird. Billiges, schweres Heizöl kann nur in großen Feuerungsanlagen verwendet werden und eignet sich daher nicht für Haushalte. Leichtes Heizöl ist verhältnismäßig teuer, weil es sehr hoch besteuert wird. Der Inlandsbergbau konnte daher in den grubennahen Gebieten seinen Anteil an der Haushaltsversorgung nahezu halten. 1961 bezogen die Haushalte um 9% weniger Inlandskohle als 1957, 1962 aber witterungsbedingt sogar um 5% mehr.

Höhere Kohlenkäufe der Elektrizitätswirtschaft milderten die Absatzeinbußen bei den anderen Verbrauchern. Die Dampfkraftwerke des Verbundkonzerns wurden nach dem Krieg auf inländische Braunkohle umgestellt. Damit die Kohlenversorgung gesichert bleibt, wurden langfristige Verträge mit den Kohlengruben abgeschlossen, und zwar teilweise mit wachsenden Liefermengen, weil man für Kapazitätserweiterungen vorsorgen wollte. Obwohl die Elektrizitätswirtschaft nach 1957 zum Teil auf billigere Brennstoffe auswich (Erdgas in Wien und Korneuburg), hat sie ihre Abnahmeverpflichtungen bisher voll erfüllt und zeitweise hohe Vorräte angehäuft. Von 1957 bis 1962 stiegen die Käufe um 54%; der Anteil am Gesamtabsatz des heimischen Braunkohlenbergbaues erhöhte sich von 22% auf 38%. Die Elektrizitätswirtschaft wurde damit zum wichtigsten Abnehmer von heimischer Kohle. Die Industrie, die früher mehr als

Absatz inländischer Braunkohle

	1957	1962	Veränderung in %
	1 000 t	1 000 t	
Insgesamt	6.258,6	5.535,3	-11,6
davon			
Dampfkraftwerke	1.359,0	2.092,2	+54,0
Industrie	3.177,7	1.847,3	-41,9
Haushalte	1.167,0	1.228,9	+5,3
Verkehr	536,4	351,5	-34,5
Sonstige	18,5	15,4	-16,8

Q: Oberste Bergbehörde

die Hälfte der heimischen Kohle aufnahm, steht jetzt erst an zweiter Stelle.

Kohlenpolitik

Als Absatzrückgang und Preisdruck die ersten wirtschaftlichen Schwierigkeiten bewirkten, rief der Kohlenbergbau bald nach wirtschaftspolitischen Hilfen. 1959 legte der Kohlenbergbau einen sogenannten „Anpassungsplan“ vor, der ein umfangreiches Stützungs- und Subventionsprogramm enthielt¹⁾. Die Überfülle verschiedener protektionistischer Vorhaben rief die einhellige Ablehnung von Produzenten und Konsumenten hervor, auf deren Kosten der Kohlenbergbau subventioniert werden sollte.

Die *Wirtschaftspolitik* hat die widerstreitenden Interessen seither noch nicht koordinieren und keine eindeutige Verhaltensweise finden können. Wirtschaftspolitische Teilmaßnahmen bremsten zwar den Rückgang der Kohlenproduktion, doch fehlte ihnen eine einheitliche Zielsetzung. Sie wurden nicht koordiniert, sondern punktuell zur Behebung von Notständen eingesetzt.

In verschiedenen Untersuchungen wurden Unterlagen über künftige Produktions- und Absatzmöglichkeiten erarbeitet. Sie sahen durchwegs vor, die Förderung auf die leistungsfähigsten Gruben zu konzentrieren (Die pessimistischste Annahme rechnete mit einer allmählichen Förder einschränkung seit 1957 um rund ein Drittel.) Die Wirtschaftspolitik konnte sich jedoch auf keine der verfügbaren Prognosen als Strukturziel einigen. Sie beschränkte sich auf fallweise Hilfen, um besonders große Schwierigkeiten einzelner Gruben zu beheben. Es wurden vor allem Zinsen und Tilgungsquoten für ERP-Kredite gestundet und in einzelnen Fällen unverzinsliche Bundesdarlehen gewährt. Erst im Sommer 1962 beschloß der Ministerrat eine direkte Subvention für den Kohlenbergbau von rund 45 Mill. S., die erstmals 1963 zur Verfügung gestellt werden sollte. (Dieser Beschluß ist im Budget 1963 verwirklicht worden.)

Die wirtschaftspolitischen Hilfen allein hätten nicht ausgereicht, die Grenzbetriebe des Kohlen-

bergbaues zu erhalten. Sie wurden durch interne Maßnahmen der verstaatlichten Industrie gestützt. Die besonders notleidenden Grubenunternehmungen in Kärnten, Steiermark und Niederösterreich wurden den Konzernen der Alpine und der VOEST unterstellt. Seit sich die Ertragslage der Stahlindustrie rasch verschlechtert hat, sind die Kohlenbergbaue für sie eine schwere Belastung.

Handelspolitische Maßnahmen zum Schutze des Inlandsbergbaues wurden praktisch nicht erwo-gen. Die Einfuhr von Kohle ist liberalisiert. Zölle oder andere Umlagen wurden von den Verbrauchern strikt abgelehnt. Als einzige handelspolitische Hilfe wurde der bis Oktober 1959 nicht eingehobene Zoll auf Heizöl (140 S je t) in zwei Etappen wieder eingeführt. Er wirkte sich auf die Konkurrenzlage des Kohlenbergbaues praktisch nicht aus, weil er von den Importeuren in ihren Spannen aufgefangen wurde.

Seit etwa einem Jahr wird die Forderung nach einer aktiveren Schutzpolitik für den Bergbau mit dem Argument „Sicherung der Versorgung in Notzeiten“ unterstützt. Ähnliche Überlegungen gewinnen auch in der Montanunion an Gewicht. Allerdings versteht man dort unter Sicherung der Versorgung nicht die Konservierung des unrentablen Bergbaues in seinem früheren Umfang. Schon bisher wurde in den westeuropäischen Kohlenländern die Konkurrenzfähigkeit des Kohlenbergbaues dadurch verbessert, daß man teure Grenzbetriebe ausschaltete und die Förderung auf leistungsfähigere Gruben konzentrierte. Der Konkurrenzspielraum zwischen Kohle und anderen Energieträgern ist dadurch eingeengt und die wirtschaftspolitische Aufgabe, eine längerfristige Kohlenpolitik zu führen, sehr erleichtert worden.

Im österreichischen Bergbau, dessen Grenzbetriebe mit weit überdurchschnittlichen Kosten produzieren und nicht rationalisiert werden können, ist der Aufwand zur Stützung der extrem verlustreichen Betriebe unverhältnismäßig hoch, andererseits beeinträchtigt die stark subventionierte Produktion den Absatz der leistungsfähigeren Gruben. Nur wenn sich die Kohlenförderung auf diese Betriebe konzentriert, kann das Ausmaß der Hilfen stark verringert werden, ohne die Gesamtproduktion weiter zu beeinträchtigen.

¹⁾ Vergleiche „Die Krise des österreichischen Kohlenbergbaues“, Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Jg. 1960, Heft 4, S. 183 ff.